



KPD-Chef Pieck, SPD-Chef Grotewohl 1946*: „Nie wieder Spaltung“

„Kräfte sammeln“

Wie PDS-Politiker die Geschichte verbiegen

Tröstende Worte findet der PDS-Landesvorsitzende von Mecklenburg-Vorpommern, Helmut Holter, für die SPD. Gewiß, bedauert er treuherzig, hätten Sozialdemokraten in Ostdeutschland bei der Verschmelzung von SPD und KPD zur SED im Jahr 1946 unter „erheblichem und ungerechtfertigtem Druck“ gestanden.

Aber von einer „Zwangsvereinigung“, schränkte der PDS-Mann gleich wieder ein, könne nicht die Rede sein. Schließlich, sekundierte PDS-Chef Lothar Bisky, sei doch der Wunsch nach einem Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien auch in der SPD 1945/46 weit verbreitet gewesen.

Das ist nur die halbe Wahrheit.

Einheitsstimmung beflügelte in der sowjetischen Besatzungszone nach Kriegsende zwar etliche Sozialdemokraten, die für Hitlers Aufstieg vor allem den Zwist zwischen SPD und KPD in der Weimarer Republik verantwortlich machten. Motto: „Nie wieder Spaltung.“

Doch bei den Kommunisten stießen die einheitsbegeisterten SPD-Genossen zunächst auf taube Ohren. Die KPD unter Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck wollte erst einmal „ihre Kräfte sammeln“ (Ulbricht). Worauf das hinauslief, bekamen die Sozialdemokraten in Ostdeutschland bald zu spüren.

Während KP-Kader gezielt Schlüsselpositionen in den neuen Verwaltungen übernahmen, wurden SPD-

Funktionäre, die sich dem engen Zusammenspiel zwischen der Besatzungsmacht und ihren deutschen Handlangern widersetzen, drangsaliert und verschleppt. Rund 400 Opfer sollen in sowjetischer Lagerhaft umgekommen sein.

Illusionslos lehnte der Vorsitzende der Westzonen-SPD, Kurt Schumacher, alle Einheitsbestrebungen ab. Für die „rotlackierten Faschisten“, so Schumacher, werde die SPD auf keinen Fall den „Blutspender“ spielen. Schumachers SPD-Kontrahent im Osten Otto Grotewohl hingegen wollte Zeit gewinnen. Er lavierte, als die KPD-Spitze, durch Wahlniederlagen der Kommunisten in Ungarn und Österreich alarmiert, im Herbst 1945 auf Fusion zu drängen begann.

Obwohl Grotewohl gegen die Zunahme des „undemokratischen Drucks“ protestierte, gab er schließlich nach. Anfang 1946 hatte ihn der Chef der sowjetischen Militäradministration in Deutschland, Marschall Georgij Schukow, zu sich zitiert und den Parteizusammenschluß verlangt. Grotewohl: „Ist das ein Befehl?“ Schukow: „Ich befehle Armeen, aber ich wünsche die Vereinigung.“

Am 21. April 1946 besiegelten KPD und SPD auf einem gemeinsamen Parteitag in Berlin die Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands – für die Sozialdemokraten im Osten der Beginn einer Epoche von Verfolgung und Unterdrückung.

Im Osten sei die PDS „keine Splitterpartei“, maulte Ringstorffs Verhandlungshelfer Dieter Schröder, Oberbürgermeister in Rostock, früher Chef der Berliner Senatskanzlei, ein eher rechter Sozialdemokrat. Er erhalte vor Ort viel Unterstützung von PDS-Wählern.

Im offenen Dissens zum Vorsitzenden Scharping formulierte Schröder: Die Sozialdemokraten müßten erreichen, daß sich die PDS von der „Kommunistischen Plattform“ trenne, einem parteiinternen Zirkel bekennender Marxisten. Dann sei sie, so Schröder, „eine durchaus koalitionsfähige Partei“.

Ringstorff versuchte, die West-Genossen ruhigzustellen, indem er vor der kooperationsbereiten PDS-Spitze Hürden aufbaute: Sie sollte sich entschuldigen für die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED in Ostdeutschland und sich zu Demokratie und Landesverfassung bekennen.

PDS-Chef Lothar Bisky reagierte flexibel: An Demut und Reue solle es nicht mangeln. Doch zu erinnern sei auch daran, daß die SPD 1945/46 die Einheit durchaus gewollt habe (siehe Kasten).

Die alte SED-Unsitte, an der Geschichte so lange zu drehen, bis sie paßt, gibt Scharping in seiner Abneigung gegen die tricky Gysi-Bisky-Truppe recht. Doch nicht nur in Schwerin setzen sich Sozis von dem Glaubenskrieg über die Vergangenheit ab.

Der Magdeburger Ministerpräsident Höppner terminierte seine ersten Gespräche mit der sachsen-anhaltinischen PDS mitten hinein in den Schweriner Konflikt. Nach Tisch verhielt er „gute Zusammenarbeit“ mit den SED-Nachfolgern.

Der Brandenburger Regierungschef Manfred Stolpe empfing in Potsdam demonstrativ den PDS-Chef Bisky. Stolpes starke Position in Brandenburg, wo er mit absoluter Mehrheit regiert, erlaubt es ihm, sich über die Vorgabe der Zentrale hinwegzusetzen. Er fühlt sich nicht gebunden an die „Dresdner Erklärung“ der SPD vom August.

Damals, nach der spektakulären Regierungsbildung von SPD und Grünen in Sachsen-Anhalt, legte Zuchtmeister Scharping die Parteilinie unmißverständlich fest: „Die PDS ist ein politischer Konkurrent und Gegner der SPD. Eine Zusammenarbeit mit ihr kommt für uns nicht in Frage.“

Stolpe pocht jetzt auf mehr Eigenständigkeit der Ostländer von der SPD-

* Beim symbolischen Händedruck zur Vereinigung beider Parteien im Berliner „Admiralspalast“.